

Ungenau und unsinnig: Nein zur Ausschaffungsinitiative – Nein zur Steuerinitiative

Eidgenössische Abstimmungen vom 28. November 2010

Steuerautonomie und Steuerwettbewerb heisst «erfolgreich wirtschaften»

Die SP-Steuerinitiative will den aus ihrer Sicht «ruinösen Steuerwettbewerb» stoppen, indem die Steuersätze in der Schweiz vereinheitlicht werden sollen. Die kantonale Steuerautonomie wird dadurch beschnitten und der erfolgreiche Steuerwettbewerb abgeschafft. Die CVPO wehrt sich gegen die SP-Steuererhöhungsinitiative und setzt sich für die Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität der Schweiz ein.

Steuerinitiative

Die Initiative verlangt eine Steuerharmonisierung mit einheitlichen Mindeststeuersätzen in allen Kantonen. Die Kantons- und Gemeindesteuern auf Einkommen von über 250 000 Franken sollen neu mindestens 22 Prozent und die Vermögenssteuern auf Vermögen von über 2 Millionen Franken mindestens 5 Promille betragen. Dadurch wird die Steuerautonomie der Kantone beschnitten und die Steuern steigen.

Eingriff in die Steuerautonomie

Die Steuerautonomie der Kantone wird eingeschränkt und gewisse Steuererleichterungen werden zukünftig verboten. Die damit verbundenen Steuererhöhungen schwächen die Kantone im internationalen Wettbewerb

und die Abwanderung guter Steuerzahler droht. Besonders betroffen sind die finanzstarken Kantone, welche als Nettozahler des Neuen Finanzausgleichs (NFA) wesentlich dazu beitragen, dass ressourcenschwächere Kantone wie das Wallis hohe Beträge aus dem Finanzausgleich erhalten.

Steuerwettbewerb garantiert Standortattraktivität

Entgegen den Aussagen der SP ist der Steuerwettbewerb keineswegs «ruinös». Der Steuerwettbewerb hat in den letzten Jahren zu tieferen Steuern, zu höheren Steuereinnahmen und zu einem häuslicheren Umgang mit Steuergeldern geführt. Ein Blick ins nahe Ausland zeigt, was bei fehlendem Steuerwettbewerb

geschieht: Steuern steigen, die Verschuldung nimmt zu und die Verwaltung wird ineffizient. Die SP-Initiative zerschlägt dieses erfolgreiche Steuersystem und beraubt die Schweiz der Standortattraktivität.

Steuergerechtigkeit schon jetzt gewährleistet

Die SP-Initiative ist nicht nur schädlich, sondern teilweise auch überflüssig. Mit der Voraussetzung der «Besteuerung aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» verbietet die Verfassung degressive Steuern (sinkende Steuersätze bei steigendem Einkommen) bereits heute. Dies hat das Bundesgericht im Entscheid «Obwalden» klar festgehalten. Von mehr Gerechtigkeit kann nicht die Rede sein.

Der Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative bedeutet «besser leben»

Die Ausländerkriminalität ist ein Problem. Kriminelle Ausländer werden bereits heute von den Kantonen ausgeschafft. Eine Vereinheitlichung der Ausschaffungspraxis ist angezeigt. Die SVP-Initiative schießt aber über das Ziel hinaus: sie ist ungenau, willkürlich und völkerrechtlich nicht umsetzbar. Der vom Bundesrat und Parlament unterbreitete Gegenvorschlag ist fair und verhältnismässig.

Ausschaffungsinitiative

Die SVP-Initiative sieht vor, dass kriminelle Ausländerinnen und Ausländer automatisch ausgeschafft werden können, sofern sie eine Straftat aus dem vorgegebenen Deliktverzeichnis begehen. Dazu zählen schwere Delikte, aber auch Delikte wie einfacher Diebstahl oder der missbräuchliche Bezug von Leistungen der Sozialversicherungen oder Sozialhilfe.

Gegenvorschlag: Kriminelle Ausländer ausschaffen

Der Gegenvorschlag sieht ebenfalls die Ausschaffung krimineller Ausländer vor, zum Beispiel bei Mord, vorsätzlicher Tötung, Vergewaltigung oder schweren Fällen von Sozialhilfemissbrauch. Im Unterschied zur SVP-Initiative werden kriminelle Aus-

länder im Gegenvorschlag auch bei schwerer Körperverletzung (u.a. bei Raserunfällen) und Wirtschaftsdelikten ausgeschafft. Der Strafenkatalog ist im Gegenvorschlag klar definiert: Der Gegenvorschlag ist also umfassender, genauer und fairer als die Initiative. Die Initiative hingegen enthält eine willkürliche Liste von Delikten, die zu einer Ausschaffung führen. Mit der Berücksichtigung der Höhe des Strafmasses wird beim Gegenvorschlag zudem verhindert, dass eine Ausschaffung aufgrund einer Bagatelle erfolgt.

Initiative als ungenaue Scheinlösung

Die Initiative weckt falsche Hoffnungen. Sie verschweigt, dass Ausschaffungen teilweise aufgrund verfassungsmässiger und völkerrecht-

licher Bestimmungen nicht umsetzbar sein werden. Dies im Gegensatz zum Gegenvorschlag, der verlangt, dass beim Entscheid die Verhältnismässigkeit und das Völkerrecht berücksichtigt werden und nicht einfach nur auf den Deliktverzeichnis abgestellt wird.

Integration: Probleme an der Wurzel packen

Kriminelle Ausländer ausschaffen ist das eine, Integration das andere. Der Gegenvorschlag enthält Bestimmungen für eine sinnvolle Integration von Ausländern und packt die Probleme damit an der Wurzel an. Denn unser Ziel muss die Verhinderung krimineller Ausländer sein.

CVPO-Politiker zur SP-Steuerinitiative



Philipp Matthias Bregy, Grossrat

«Die SP-Initiative schafft den Steuerwettbewerb und damit ein erfolgreiches Steuersystem mit tiefen Steuern, tiefer Verschuldung und effizienten Verwaltungen ab. Verlust der Standortattraktivität und höhere Steuern – gerade für den bereits heute übermässig belasteten Mittelstand – sind die Folge davon. Nicht der Steuerwettbewerb, sondern die SP-Initiative ist ruinös: höhere Steuern bedeuten weniger Geld im Geldsack und damit weniger Kaufkraft.»



Ralf Imstepf, Suppleant

«Die Festlegung eigener Steuersätze gehört zum Kernbestand autonomer Gemeinwesen. Nur wer selber über seine Einnahmen entscheiden kann, bestimmt auch selbstständig über seine Aufgaben und Ausgaben. Die rote Steuerinitiative ist ein weiterer Schritt weg von einem selbstverantwortlichen Kanton Wallis hin zu mehr Zentralstaat. Sie gefährdet unseren Föderalismus und damit das Erfolgsmodell Schweiz.»



Waldemar Knubel, Suppleant

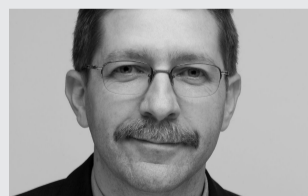
«Ein Randkanton wie das Wallis ist darauf angewiesen, dass er die Eigenheiten in seinen Gesetzen selber festlegen kann. So auch die Besteuerung seiner Bürger. Bei der SP-Steuerinitiative würde dies wegfallen. Sie schränkt die Steuerautonomie des Wallis ein und verpasst dem Stimmvolk einen Maulkorb. Der Föderalismus, als Stärke unserer Eidgenossenschaft, würde Schaden nehmen.»

CVPO-Politiker zur Ausschaffungsinitiative und dem Gegenvorschlag



Markus Truffer, Grossrat

«Beim Gegenvorschlag bestimmt kein willkürlicher Deliktverzeichnis über eine Ausschaffung, sondern ganz einfach und gerecht das Strafmass. Dass gewissenlose Raser, die jemanden zu Tode fahren, aufgrund der SVP-Initiative vor der Ausschaffung bewahrt würden, darf doch einfach nicht wahr sein!»



Guido Walker, Suppleant

«Die Initiative der SVP hat nur einen willkürlichen und unvollständigen Deliktverzeichnis in ihren Text aufgenommen, so fehlen zum Beispiel auch Wirtschaftsdelikte im grossen Stil. Nur der Gegenvorschlag erkennt das Völkerrecht an und leistet einen aktiven Beitrag zur Integration von Ausländern.»



Beatrice Kalbermatten, Suppleantin

«Bei der Initiative wird die Art des Deliktes und nicht die Höhe des Strafmasses berücksichtigt. Dies führt zu unverhältnismässigen Ausschaffungen. So wird ein 17-Jähriger, der bei einem Einbruchdiebstahl Zigaretten klaut, gemäss der Initiative ausgewiesen. Das muss nicht sein. Der Gegenvorschlag hingegen berücksichtigt die Schwere der Tat.»

Parolen der CVPO

Steuerinitiative **Nein** | Ausschaffungsinitiative **Nein** | Gegenvorschlag **Ja** | Stichfrage **Gegenvorschlag ankreuzen**